

## Rüdiger Hachtmann

### Revolutionärer Pragmatismus - Das Programm der Arbeiterverbrüderung vom Spätsommer 1848

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1158>

Reprint von:

Rüdiger Hachtmann, Revolutionärer Pragmatismus - Das Programm der Arbeiterverbrüderung vom Spätsommer 1848, in: Anja Kruke, Meik Woyke (Hg.), Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung. 1848 - 1863 - 2013, Dietz Bonn, 2012, S. 42-47 ISBN 3-8012-0431-6

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2018 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <[redaktion@zeitgeschichte-digital.de](mailto:redaktion@zeitgeschichte-digital.de)>



Zitationshinweis:

Rüdiger Hachtmann (2012), Revolutionärer Pragmatismus - Das Programm der Arbeiterverbrüderung vom Spätsommer 1848, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,  
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1158>

Ursprünglich erschienen als: Rüdiger Hachtmann, Revolutionärer Pragmatismus - Das Programm der Arbeiterverbrüderung vom Spätsommer 1848, in: Anja Kruke, Meik Woyke (Hg.), Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung. 1848 - 1863 - 2013, Dietz Bonn, 2012, S. 42-47 ISBN 3-8012-0431-6

# Revolutionärer Pragmatismus – Das Programm der Arbeiterverbrüderung vom Spätsommer 1848

Die »Arbeiterverbrüderung« war eine unter maßgeblicher Federführung des Buchdruckers Stephan Born und des Goldschmieds Ludwig Bisky im Hochsommer des europäischen Revolutionsjahres 1848 ins Leben gerufene Mischung aus Gewerkschaft und früher Arbeiterpartei. Förmlich gegründet wurde die Arbeiterverbrüderung von insgesamt 34 stimmberechtigten und fünf beratenden Delegierten während eines dem Anspruch nach nationalen, tatsächlich jedoch in erster Linie norddeutschen Arbeiterkongresses, der vom 23. August bis zum 3. September 1848 in den Räumlichkeiten des Berliner Handwerkervereins tagte. Zweck und Ziel dieses Kongresses war es, die im Frühjahr und Sommer 1848 in zahlreichen deutschen Städten entstandenen Ansätze berufsübergreifender, quasi gewerkschaftlicher Arbeiterorganisationen zusammenzufassen und gleichzeitig den Forderungen der in den deutschen Staaten noch schwachen sozialistischen Bewegung einen möglichst repräsentativen Ausdruck zu verleihen.

Die Forderungen der frühen Arbeiterbewegung, die in den »Beschlüssen des Arbeiter-Kongresses zu Berlin« kulminierten, konnten seit den Märzrevolutionen 1848 in breiten Handwerker- und Arbeiterkreisen diskutiert werden, ohne dass die exponierten Gesellen und Arbeiter (sowie vielerorts auch proletaroider Meister) die Repressionen des alten Obrigkeitsstaats fürchten mussten. Wichtige Vorarbeiten hatte insbesondere das von Born und Bisky geführte, am 11. April 1848 in Berlin entstandene »Central-Comité der Arbeiter« geleistet, das Born einen Monat später gegenüber Karl Marx stolz als »quasi Arbeiterparlament von Abgeordneten aus sehr vielen [nämlich anfangs 28] Gewerken und Fabriken« bezeichnete. Das von Born am 23. April 1848 formulierte Programm des »Central-Comités der Arbeiter« wies bereits viele Ähnlichkeiten mit den Beschlüssen der Arbeiterverbrüderung gut vier Monate später auf.

In der späteren, Ende der 1860er Jahre entstehenden Sozialdemokratie wären die Forderungen und Beschlüsse des Berliner »Central-Comités« wie der Arbeiterverbrüderung als »reformistisch« denunziert worden. Warum Born, Bisky und die anderen Delegierten kein »revolutionäres« Programm verabschiedeten (übrigens im vollen Einverständnis mit Marx und ebenso Friedrich Engels), hat Born in der radikaldemokratischen Tageszeitung »Berliner Zeitungshalle« folgendermaßen begründet: In den deutschen Staaten würden sich »die Bourgeoisie und das Proletariat, das Capital und die Arbeit noch nicht so scharf wie in Frankreich und England gegenüberstehen; dort sehn sich kaltblütig und kampferüstet streng gesonderte Parteien Aug' in Auge. In Deutschland ist dieser Gegensatz noch nicht so vollständig vorhanden, weil [...] die Arbeiter noch nicht organisiert sind; sie begreifen sich noch nicht als Partei«. Dennoch »wollen [wir] unsere Lage im allgemeinen verbessern.«<sup>1</sup> Dazu müsse man sich organisieren und ein mittelfristig angelegtes Programm formulieren. Diese Sätze datieren zwar auf den 13. April. Sie galten jedoch genauso noch für den Spätsommer 1848 und waren handlungsleitend für die Formulierung der Beschlüsse der »Gründerväter« der Arbeiterverbrüderung.

<sup>1</sup> Zit nach: Rüdiger Hachtmann, Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997, S. 422f.

## Beschlüsse

des

## Arbeiter-Kongresses.

### Erster Theil.

#### Statut für die Organisation der Arbeiter.

##### I. Die Lokal-Komitees für Arbeiter.

§. 1. Es bilden die verschiedenen Gewerke und Arbeitergemeinschaften im weitesten Sinne des Wortes Vereinigungen und wählen, je nach dem Verhältnis ihrer Zahl, Vertreter zu einem Lokal-Komitee für Arbeiter. Für Gewerke, welche vereinzelt dastehen, dürfte der Kreis Vereinigungen bieten.

§. 2. Diejenigen Arbeiter, welche noch keine Gemeinschaften bilden, haben sich ebenfalls zu vereinigen und Vertreter zu wählen, z. B. die Eisenbahnarbeiter etc.

§. 3. Das Lokal-Komitee hat die Verpflichtung, a) regelmäßige Versammlungen der Arbeiter zu veranlassen; b) die Bedürfnisse und Uebelstände der Arbeiter in ihren Orten oder Kreisen genau zu erforschen und auf Abhülfe derselben hinzuwirken; c) aus sich einen Ausschuss zu wählen, der die Geschäfte leitet, bestehend aus 1 Vorsitzenden, 1 Beisitzer, 2 Schreibern, 1 Kassierer und 2 Kassenausschreibern.

§. 4. Die Lokal-Komitees verschiedener Orte stehen mit einander in Verbindung und zwar a) indem sie sich in kleinere oder größere Bezirke ordnen und für alle ein Bezirks-Komitee bilden; b) durch briefliche Mittheilungen, welche sie an das Bezirks-Komitee zur Beförderung an die einzelnen Lokal-Komitees und an das Central-Komitee machen; c) durch Absendung von Abgeordneten zu den Bezirksversammlungen und der vom Central-Komitee ausgeschriebenen Generalversammlung für ganz Deutschland.

##### II. Die Bezirks-Komitees

§. 5 haben vorläufig ihren Sitz in folgenden Städten: Danzig, Königsberg, Stettin, Köln, Bielefeld, Frankfurt, Hamburg, Stutt-

Abbildung:  
Erste Seite der Beschlüsse  
des Arbeiter-Kongresses zu  
Berlin (Bibliothek der FES)

Die ziemlich umfangreichen »Beschlüsse des Arbeiter-Kongresses« gliedern sich in fünf große Abschnitte. Der mit »Statut für die Organisation der Arbeiter« überschriebene »Erste Theil« sah ein »Central-Komite für ganz Deutschland« sowie für die einzelnen Staaten beziehungsweise Provinzen »Bezirks-Komites« vor, die die Arbeit der »Lokal-Komites« koordinieren sollten. Dieser Organisationsaufbau war ganz offensichtlich den Demokraten der deutschen Staaten abgeschaut, die sich zwei Monate vorher ein vergleichbares Statut gegeben hatten. Im Unterschied allerdings zur Organisationsstruktur, die sich die Demokraten und (Ende Juli) die Liberal-Konstitutionellen gegeben hatten, besaßen das »Central-Komite« der Arbeiterverbrüderung und die »Bezirks-Komites« der neuen Arbeiterverbrüderung mehr Kompetenzen. Nicht zuletzt die straffere Organisationsstruktur erklärt, warum der organisatorische Zusammenhalt der Arbeiterverbrüderung größer war als der der Demokraten. Die Finanzierung des »Central-Komites« wurde dadurch gesichert, dass jedes »Lokal-Komitee« zehn Prozent seiner Einnahmen dorthin abzuführen hatte. Seinen Sitz sollte das »Central-Komite« in Leipzig nehmen; tatsächlich wurde die Zentrale dieser ersten nationalen Arbeiterorganisation denn auch im Herbst 1848 unter der Präsidentschaft von Born in der – im Vergleich zu Berlin freieren – sächsischen Wirtschaftsmetropole eingerichtet.

Der »Zweite Theil« der Beschlüsse, »Selbsthülfe der Arbeiter« überschrieben, forderte die Einrichtung von örtlichen, monopolarigen »Arbeits- und Arbeiternachweissbureaus«, die von den »Lokal-Komites« der Arbeiterverbrüderung aufzubauen seien. Wie wichtig diese Bestimmung war, lässt sich erahnen, wenn man bedenkt, dass die »Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung« mit den Arbeitsämtern als Unterbau erst 1927 eingerichtet wurde und Mitte des 19. Jahrhunderts auch private Arbeitsvermittlungen, etwa von Innungen, mehr schlecht als recht funktionierten. Die geplanten »Arbeits- und Arbeiternachweissbureaus« waren selbstorganisiert; erst wenn sie keine Arbeitsstellen vermitteln konnten, sollten sie sich an die jeweilige Kommune wenden. Unabhängig verlangte die Arbeiterverbrüderung die Meldepflicht bei Entlassungen und einen 14-tägigen Kündigungsschutz sowie (vor mehr als 160 Jahren!) einen Mindestlohn für die einzelnen Gewerbezeige. Historisch mindestens ebenso bedeutsam sind die in den Beschlüssen geforderten frühen Formen von Tarifverhandlungen und -vereinbarungen, nämlich für die einzelnen Gewerke auf der örtlichen Ebene vorgesehene »Uebereinkünft[e] der Arbeitgeber mit den Arbeitern unter dem Vorsitze des Lokalkomites«<sup>2</sup>.

Der »Dritte Theil« stand unter dem Titel »Hülfe des Staates«. Er sah die passive und aktive Wahlfähigkeit ab dem 21. Lebensjahr vor, für »jeden Deutschen« – Mann, wie man ergänzen muss. Denn auch nur auf die Idee, Frauen gleichfalls das Wahlrecht zuzugestehen, kam die Arbeiterverbrüderung so wenig wie die Demokraten oder gar die Liberalen – nur eine Minderheit der Sozialisten forderte ein Frauenwahlrecht. Dennoch war diese Forderung fortschrittlich, sah doch selbst das im Frühjahr 1848 erkämpfte Wahlrecht eine Begrenzung des Wahlalters auf das 24. Lebensjahr vor. Wichtiger noch war die Forderung, das allgemeine und gleiche Wahlrecht auch für die Stadtverordnetenversammlungen einzuführen. Denn selbst im Revolutionsjahr waren nur diejenigen in den Kommunen wahlberechtigt, die über das Bürgerrecht verfügten, also entweder ein eigenes Haus besaßen oder aber ein relativ hohes Einkommen nachweisen konnten. Infolgedessen durften zum Beispiel an den Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung Mitte Mai 1848 nur 26.000 Männer teilnehmen, während sich an den einige Tage zuvor stattfindenden Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung 94.000 und an denen grob zeitgleich

durchgeführten Wahlen zur Preußischen Nationalversammlung sogar 116.000 Männer beteiligen konnten – was 70 bis 80 Prozent auch tatsächlich waren.

Angesichts des Tatbestands, dass namentlich Handwerksgelesen oft durch alle, ohnehin grobmaschigen und unzureichenden sozialen Netze fielen und in Industriezentren wie Berlin eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung zugewandert war, kam der Forderung, dass jeder, der am Ort mindestens fünf Jahre lebte, »bleibend zur Armenpflege der Gemeinde« gehörte, eine weit größere Bedeutung zu, als man zunächst vermuten möchte. Andere soziale Forderungen, dass »die wirkliche Arbeitszeit auf zehn Stunden festgesetzt« werden solle oder »kein Gesetz durch die Forderung eines Vermögensnachweises das Heirathen erschweren« dürfe, sprechen für sich und verweisen auf oft exorbitant lange, im Vormärz übliche Arbeitszeiten beziehungsweise hohe Barrieren für die Familiengründung. Ähnliches gilt für das Verlangen nach einem unbehinderten Aufenthaltsrecht sowie nach einem nicht an einen Vermögensnachweis gebundenes Niederlassungsrecht in allen deutschen Staaten sowie nach der Aufhebung aller »Ausnahmegesetz[e] über das Passwesen«.

Entsprechend dem eingangs zitierten bornschen Diktum, keine »unsinnige Zerstörung des Capitals«, sondern im Gegenteil die ungehinderte – sozial freilich abgefederte – Industrialisierung zu wollen (ehe man auf das Ziel sozialistischer Produktionsverhältnisse lossteuern konnte), sollten nach den Vorstellungen der Delegierten des Arbeiterkongresses alle Binnenzölle aufgehoben und alle für die Industrie notwendigen Rohstoffe frei eingeführt werden können. Mit diesen Forderungen und dem Verlangen, die »wirkliche Dienstzeit« in der Armee auf ein Jahr zu begrenzen sowie – nach dem Vorbild der Schweiz, in der sich im November 1847 die liberaldemokratischen gegen die konservativ-katholischen Kantone durchgesetzt hatten – »die Volksbewaffnung allgemein« einzuführen, nahm man programmatische Eckpunkte der Demokraten und des linken Flügels der liberalen Bewegung auf.

Höchst fortschrittlich muten auch die Forderungen für eine Reform des Bildungswesens im »Vierthen Theil« des Programms der Arbeiterverbrüderung an. Was für uns heute lapidar klingt – »Die Schule ist Staatsanstalt und wird als solche von der Kirche getrennt« – war damals überhaupt nicht selbstverständlich. Gerade im niederen Schulwesen spielte die Geistlichkeit eine zentrale Rolle, oft mit noch formellen Aufsichts- und Interventionsrechten und immer als inhaltliche Kontrollinstanz. Dies stieß Demokraten, Sozialisten und auch vielen Liberalen bitter auf, waren es im Revolutionsjahr doch vor allem viele Pfarrer, die gegen die in ihren Augen von »Frankreich« gesteuerte Revolutionsbewegung wetterten, Demokratie, Republik und Sozialismus für Teufelswerk erklärten und nicht selten heftig gegen »die Juden« polemisierten, die »unsere Herrin Jesus Christus« verraten hätten. Deswegen besaß für die Repräsentanten der Arbeiterverbrüderung auch die Forderung einen hohen Stellenwert, »die Jugend zu Welt- und Staatsbürgern« zu erziehen (so wäre zu ergänzen) zu bornierten, obrigkeitstreuen Kirchgängern. Wenn die Repräsentanten der entstehenden Arbeiterverbrüderung forderten, dass der Schulunterricht insgesamt unentgeltlich zu sein habe, dann ist dies ein indirekter Hinweis darauf, dass in der Jahrhundertmitte lediglich die schlecht ausgestatteten »Armeneschulen« nichts kosteten und für Realschulen und Gymnasien Schulgelder in einer Höhe aufzubringen waren, die auch besser situierte Gesellen, Arbeiter und selbst die große Mehrheit der Meister für ihren Nachwuchs nicht aufbringen konnten. Die Forderung nach einem unentgeltlichen Schulbesuch und damit der Aufhebung der sozialen Schranken im Bildungsbereich sollte bis weit in das 20. Jahrhundert nicht an Brisanz verlieren und mutet auch heute angesichts der zu beobachtenden Ökonomisierung des

<sup>2</sup> Beschlüsse des Arbeiter-Kongresses zu Berlin. Vom 23. August bis 3. September 1848, Berlin 1848, in: Dieter Dowe/Toni Offermann (Hrsg.), Deutsche Handwerker- und Arbeiterkongresse 1848-1852, Bonn 1983, S. 237-249, hier: S. 241.

Bildungswesens durch private »Eliteschulen« keineswegs obsolet an. Auch die Forderung, den Kindern alle Lernmittel kostenlos zur Verfügung zu stellen, erscheint angesichts einer bleibend hohen Erwerbslosigkeit, prekärer Arbeitsverhältnisse und der Verarmung der Unterschichten heute gleichfalls noch hochaktuell. Der Beschluss, allen »überflüssigen Luxus« aus der »Volksschule«, wie der neue Schultyp heißen sollte, zu verbannen und die »armen Kinder« auf Gemeindegeldern mit einfachen, soliden Kleidungsstücken (nicht aber etwa einer Schuluniform) auszustatten, war von dem Motiv getragen, die sozialen Unterschiede in den Schulen möglichst nicht zum Tragen kommen zu lassen. Das Verlangen, dass »kein Kind vor dem vollendeten vierzehnten Jahre zu irgendeiner gewerblichen Thätigkeit benutzt« werden dürfe, bringt mittelbar zum Ausdruck, wie weitverbreitet Kinderarbeit in den 1840er Jahren gewesen ist. Lehrer und Schulleitende wiederum sollten nicht durch autokratische Schulräte oder andere Repräsentanten der Obrigkeit, sondern »durch die Wahl der ganzen Gemeinde ernannt« und »nur durch den Willen der Gemeinde abgesetzt werden« können – eine Forderung, die selbst heute noch (fast) utopisch anmutet. Zukunftsgewandt waren schließlich die Forderungen nach »Fortbildungsanstalten« und Abendkursen für Lehrlinge und Gesellen, nach der »Errichtung von technischen Bildungsanstalten« durch den Staat sowie nach »Volksbibliotheken«. Programmatische Eckpunkte für eine Universitätsreform – die unter Studenten sowie Privatdozenten damals durchaus kursierten – sucht man dagegen vergeblich, ein Indiz, wie fern den Gesellen und Arbeitern damals der Hochschulbesuch lag. Er war und sollte noch lange Zeit ein Privileg des Bürgertums und des Adels bleiben. (Der »Fünfte Theil« des Programms der Arbeiterverbrüderung bündelt die skizzierten Forderungen zu Adressen an die Deutsche Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche und enthält wenige weitere Schriftstücke, die hier nicht interessieren.)

Was »fehlt« (aus heutiger Sicht) im Gründungsprogramm der Arbeiterverbrüderung außerdem? Das ist zunächst die Forderung nach der Republik als der anzustrebenden Staatsform. Dass diese Forderung nicht auftaucht, kann freilich nicht wirklich überraschen. Selbst breite Strömungen innerhalb der demokratischen Bewegung favorisierten die konstitutionelle Monarchie. Wenn sich in den »Beschlüssen« keine explizit positive Äußerung zur Republik findet, dann vor allem, weil Kontroversen über die künftige Staatsform vermieden werden sollten. Man wollte sich über diese Frage nicht derart zerstreuen, wie dies die demokratische Bewegung in Deutschland tat, sondern erst einmal politische Schlagkraft aufbauen und erhalten. Eine andere Forderung, die man in den »Beschlüssen« des Berliner Arbeiterkongresses vergeblich sucht, ist die nach einem »Ministerium für Arbeiter«. Eine solche Forderung war im Frühjahr 1848 in den Unterschichten der preußischen Hauptstadt sowie anderer Großstadtregionen durchaus populär – nachdem in Paris Ende Februar 1848 ein solches Ministerium auf Druck der dort freilich sehr viel stärkeren sozialistischen Bewegung gegründet worden war, mit dem »Arbeiter Albert« (Alexandre Martin) an der Spitze. Für den Verzicht auf eine solche Forderung dürften mehrere Gründe ausschlaggebend gewesen sein; die beiden wichtigsten: Die demokratische und sozialistische Bewegung Frankreichs hatte mit der Pariser »Junischlacht« (22. bis 26. Juni 1848) eine schwere Niederlage einstecken müssen. Es mag angesichts dieser Niederlage, die die Revolution in ganz Europa in die Defensive brachte, den Delegierten der Arbeiterverbrüderung taktisch nicht klug erschienen sein, eine solche Forderung in ihr Programm aufzunehmen. Ein anderer Gesichtspunkt könnte gewesen sein, dass die Einrichtung eines eigenständigen »Ministeriums für Arbeiter« dem im August 1848 bereits wieder erstarkenden Obrigkeitsstaat Interventionen in die eigenen Organisationen sowie die angestrebte Selbstverwaltung des Arbeitsnachweises

erlauben hätte; dies wollte man unbedingt vermeiden. Eine dritte Forderung, die man in den Beschlüssen vergeblich sucht, ist der Wunsch nach einer nationalen Einigung der deutschen Staaten. Sie war im Hochsommer 1848 so selbstverständlich, dass man glaubte, sie nicht separat auflisten zu müssen.

Festzuhalten bleibt schließlich, dass sich Born, Bisky und weitere auf dem Gründungskongress der Arbeiterverbrüderung anwesende Mitglieder des »Bunds der Kommunisten«, einem 1847 in London gegründeten Geheimbund, nicht in allen Fragen durchsetzen konnten. So wurden Bestimmungen in die »Beschlüsse« aufgenommen, die mit dem von Born und seinen Mitstreitern postulierten Prinzip der Gewerbefreiheit kollidierten. Dazu gehörte unter anderem der Passus, dass Meisterprüfungen vor den Innungen als Zwangsvereinigungen des Handwerks (weiter hin) zwingend vorgeschrieben bleiben sollten. Zugleich verzichteten die Delegierten des Arbeiterkongresses auf die Aufnahme sozialstaatlicher Forderungen, wie sie Born und seine Mitstreiter vertraten und im eingangs erwähnten April-Programm des Berliner »Central-Comités der Arbeiter« auch hatten verankern können. Dazu gehörte etwa das Verlangen nach einem gesetzlich verankerten Recht auf Arbeit, nach staatlich garantierter Versorgung aller Hilflosen und Invaliden, nach unentgeltlicher Rechtspflege, nach Beschränkung des Erbrechts oder nach Abschaffung aller feudaler Lasten und Abgaben. Auch wenn die »Beschlüsse« des Berliner Arbeiterkongresses vom Spätsommer 1848 hinter einige, zuvor bereits artikuliert demokratisch-sozialistische Reformpositionen zurückfielen, ändert dies nichts daran, dass sie einen Markstein in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung darstellen.

#### Literaturhinweise:

- Frolinde Balsler*, Sozial-Demokratie 1848/49–1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation »Allgemeine Arbeiterverbrüderung« nach der Revolution, 2 Bde., Stuttgart 1962.
- Dieter Dowe/Toni Offermann* (Hrsg.), Deutsche Handwerker- und Arbeiterkongresse 1848–1862, Bonn 1993.
- Wilhelm Friedensburg*, Stephan Born und die Organisationsbestrebungen der Berliner Arbeiterschaft bis zum Berliner Arbeiterkongress (1840–Sept. 1848), Leipzig 1923 (Nachdruck, Glashütten im Taunus 1973).
- Rüdiger Haachtmann*, Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997.
- Franziska Rogger*, »Wir helfen uns selbst«. Die kollektive Selbsthilfe der Arbeiterverbrüderung 1848/49 und die individuelle Selbsthilfe Stephan Borns – Borns Leben, Entwicklung und seine Rezeption der zeitgenössischen Lehren, Erlangen 1986.
- Thomas Walskopp*, Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn 2000.

Anja Kruke/Meik Woyke (Hrsg.)

**Deutsche  
Sozialdemokratie  
in Bewegung  
1848 – 1863 – 2013**



# Inhaltsverzeichnis



ISBN 978-3-8012-0431-0

© Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH  
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Gestaltung und Satz:  
Jaroslav Toussaint typo+graphische formgebung  
in Zusammenarbeit mit Katharina Zettl, Berlin

Mitarbeit Satz:  
Verena Roth, Vanessa Enriquez

Umschlagabbildung:  
DHM, Berlin

Druck und Verarbeitung:  
Offizin Andersen Nexö, Leipzig

Alle Rechte vorbehalten

Bei einigen Fotos und Abbildungen konnten trotz intensiver Recherchen die Urheber nicht ermittelt werden. Rechteinhaber mögen sich bitte an das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung wenden.

Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlags reproduziert werden oder unter Verwendung elektronischer Systeme vervielfältigt oder verbreitet werden.

Gesetzt aus der Founders Grotesk von Klim Type Foundry.  
Gedruckt auf 130 g/m<sup>2</sup> FLY.DESIGN.PAPIER extraweiß.

Printed in Germany 2012

Besuchen Sie uns im Internet: [www.dietz-verlag.de](http://www.dietz-verlag.de)

8

Anja Kruke/Meik Woyke

**Lange Entwicklungslinien:**

**Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung**

## Deutsche Sozialdemokratie

14



**Bis 1863**

60



**1863-1918**

110



**1918-1933**

156



**1933-1945**

200



**1945-1989/90**

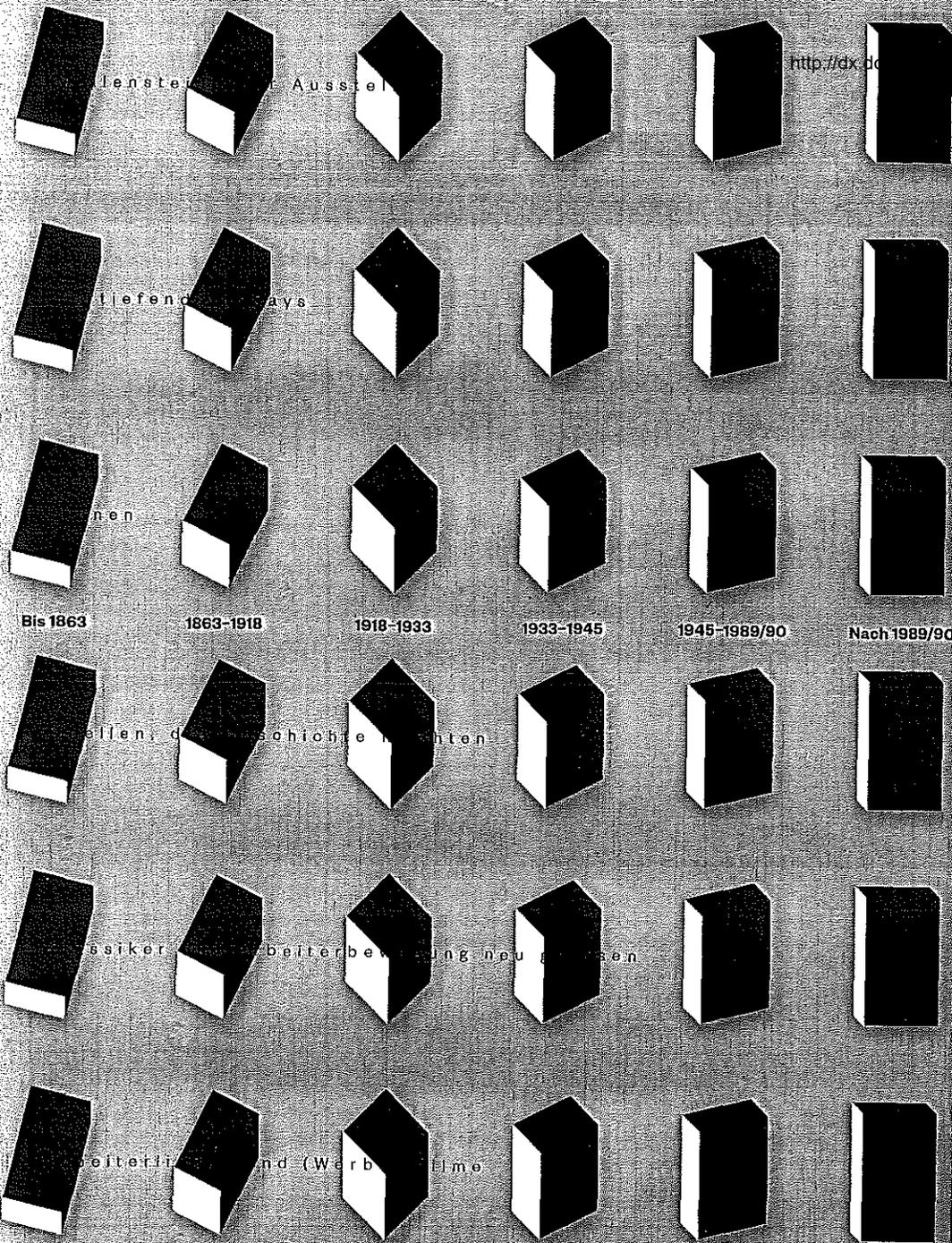
262



**Nach 1989/90**

302

**Verzeichnis der Autorinnen und Autoren**



Bis 1863

1863-1918

1918-1933

1933-1945

1945-1989/90

Nach 1989/90

16  
Manuel Gogos  
Vorhofflammern -  
Der Zeitdok 1.1158  
Charismatiker  
der frühen  
Arbeiterbewegung

62  
Manuel Gogos  
Wir sind viele -  
Der Aufstieg zur  
Massenpartei

112  
Manuel Gogos  
Demokratie,  
kulturelle Entfaltung  
und Selbst-  
verteidigung -  
Die Sozialdemokratie  
in der Weimarer  
Republik

158  
Manuel Gogos  
Mut der Verzweiflung  
- Die deutsche  
Sozialdemokratie  
1933 bis 1945

202  
Manuel Gogos  
Neubau versus  
Repression,  
Deutsche Sozial-  
demokratie von  
der Nachkriegszeit  
bis zur Friedlichen  
Revolution

264  
Manuel Gogos  
Vom Tanker zum  
virtuellen Netzwerk  
- Oder:  
»Arbeiterbewegung  
reloaded

28  
Beatrix Bouvier  
Die Französische  
Revolution und die  
Grundworte der  
Sozialdemokratie

78  
Josef Mooser  
Revolution oder  
Reform?  
Revisionsmusstreit  
und Massenstreik-  
debatte 1890 bis 1914

122  
Wilfried Rudloff  
Ausbau und Krise -  
Der deutsche  
Sozialstaat in der  
Weimarer Republik

168  
Mike Schmeitzner  
Erneuerung und  
Wandel im Exil.  
Zur Politik der sozial-  
demokratischen  
Organisationen  
1933-1945

222  
Klaus Schönhoven  
Durchbruch zur  
Volkspartei:  
Gesellschaftliche  
Öffnung und  
innerparteilicher  
Wandel der Sozial-  
demokratie zwischen  
1945 und 1989

272  
Edgar Wolfrum  
Fortschritt in der  
Krise und die  
Herausforderungen  
der Zukunft.  
Wie historisch  
war der rot-grüne  
Machtwechsel  
1988?

36  
Andreas Biefang  
Die Barrikade -  
Sozialdemo-  
kratisches Schlüssel-  
bild für 1848?

88  
Andreas Biefang  
Wahlsieg 1912 -  
Der glücklichste  
Moment der  
Parteigeschichte

132  
Andreas Biefang  
Frauen! Wählt  
sozialdemokratisch!  
- Wahlplakate und  
der Kampf um die  
Republik

176  
Andreas Biefang  
Julius Leber vor dem  
»Volksgericht« -  
Bild der Demütigung  
und Pathosformel  
der Würde

230  
Andreas Biefang  
Die »Troika« - Oder:  
Die posthume Erfindung  
eines sozial-  
demokratischen  
Führungsmodells

234  
Andreas Biefang  
Der Handschlag -  
Vom Missbrauch und  
Tod einer politischen  
Geste

280  
Andreas Biefang  
Der Sieger -  
Gerhard  
Schröder als  
»Medienkanzler«

42  
Rüdiger Hachtmann  
Revolutionärer  
Pragmatismus -  
Das Programm  
der Arbeiter-  
verbrüderung vom  
Spätsommer 1848

92  
Siegfried Weichlein  
Das  
»Sozialstengengesetz«

138  
Stefan Berger  
»Keine Revolutionen  
machende Partei«  
- Die Reaktion im  
»Vorwärts« auf die  
Novemberrevolution

182  
Meik Woyke  
Für Freiheit und  
Demokratie. Die  
Rede von Otto Wels  
zur Ablehnung  
des national-  
sozialistischen  
»Ermächtigungs-  
gesetzes«

238  
Dietmar Süß  
Das Godesberger  
Programm: Demo-  
kratie als Staats-  
und Lebensform

244  
Christoph Kleßmann  
Schwante - Die Grün-  
dungsdokumente  
der Sozialdemokrati-  
schen Partei (SDP)  
in der DDR 1989

284  
Franz-Josef  
Brüggemeier  
»Eine sichere  
Energieversorgung  
ohne Atomkraft«:  
Der Beschluss des  
SPD-Parteitags  
1999 in Berlin

48  
Thomas Welskopp  
Rechtfertigung  
und Blaupause für  
die Revolution:  
Karl Marx/  
Friedrich Engels,  
Das Manifest der  
Kommunistischen  
Partei (1848)

98  
Helga Grebing  
August Bebel,  
Die Frau und der  
Sozialismus (1879)

144  
Wolfgang Schroeder  
Fritz Naphtali, Wirt-  
schaftsdemokratie.  
Ihr Wesen, Weg und  
Ziel (1928)

188  
Johannes Tuchel  
»Die Kunst des  
Selbststrahlens« -  
Das Prager Manifest  
vom 10. Januar 1934

250  
Benjamin Ziemann  
Ulrich Beck,  
Risiko-Gesellschaft.  
Auf dem Weg in eine  
andere Moderne  
(1986)

290  
Jürgen Mittag  
»Ohne Angst und  
ohne Träumereien:  
Gemeinsam in  
Deutschland  
leben«.  
Johannes Raus  
erste  
»Berliner Reda«  
(2000)

64  
Juliane Brauer  
»Ein begehrtendes  
und begehrtetes  
Gedicht«:  
»Bundeslied«  
und »Arbeiter-  
Marschallaise«

104  
Juliane Brauer  
Der Oldie als  
Dauerbrenner:  
Die Internationale

150  
Alexander J.  
Schwitanski  
»Das Schicksal  
unserer Jungen  
Republik legen wir  
in Eure Hände«:  
Der Film über die  
Kinderrepublik  
Seekamp

194  
Juliane Brauer  
Das »Moorsoldaten-  
lied«: Dokument  
unermesslichen  
Leidens und Zeugnis  
menschlichen  
Lebenswillens

256  
Thomas Mergel  
Politische Pädagogik,  
Modernität und  
exemplarische  
Bürger. Die Wahl-  
werbepots der SPD  
zu den Bundestags-  
wahlen 1953-1990

296  
Nina Verheyen  
Virtuell heißt  
wirkfähig.  
Die Facebook-  
Gemeinde der SPD  
in kommunikations-  
geschichtlicher  
Perspektive